

## Sie möchten inserieren?

Dann melden Sie sich bei uns!

Die nötigen Infos und Kontaktdaten finden sie auf der letzten Seite im Impressum.



# Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND

PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

### Eidgenössische Politik

Finanzplanung durch Spitäler wichtiger denn je von Natalie Rickli

Seite 2

### Kanton Zürich

Klimaangepasstes Bauen: Teuer und kompliziert von Peter Schick

Seite 3

### Aktuell

Ostersonntag? Nein, Tag der Transsichtbarkeit! von Tobias Infortuna

Seite 5

### Parlamentsgemeinden

Dietikon: Behindertengerecht bauen, aber wie? von Konrad Lips

Seite 6

### Veranstaltungs-Tipp

31. Mai: Polit-Apéro mit Thomas Aeschi

Seite 5

KANTONALE DELEGIERTENVERSAMMLUNG VOM 9. APRIL 2024

## Deutliches Zürcher NEIN zum Mantelerlass

Am vergangenen Dienstag versammelten sich über 220 Delegierte der SVP Kanton Zürich in Bonstetten. Im Fokus stand die Parolenfassung zur eidgenössischen Abstimmung vom 9. Juni 2024. Zum Mantelerlass beschlossen die Delegierten überaus deutlich die NEIN-Parole.



Eine klare Mehrheit der Delegierten lehnte den Mantelerlass ab.

Bild: ZVG

Eröffnet wurde die Versammlung durch das Grusswort von Kantonsrat Marc Bochler und die Standortbestimmung durch den Präsidenten der SVP Kanton Zürich, Kantonsrat Domenik Ledergerber, der einen Rückblick auf die SVP-Erfolge der letzten Monate wagte. Anschliessend präsentierte Kantonsrat Tobias Infortuna das SVP-Referendum gegen die Änderung des Bildungsgesetzes. Die Änderung würde abgelehnten Asylbewerbern («vorläufig Aufgenommene») ermöglichen, ohne Wartefrist im Kanton Zürich Stipendien zu beziehen.

### Sogwirkung für abgelehnte Asylbewerber wird verstärkt

Überzeugend legte Infortuna die Nachteile der Gesetzesänderung dar. Sie würde die Zweckentfremdung des Asylwesens für die Masseneinwanderung und die Sogwirkung des Kantons Zürich für abgelehnte, «vorläufig aufgenommene» Asylbewerber weiter verstärken. Diese hätten keinerlei Anspruch auf Aufenthalt in der Schweiz, sondern könnten nur aus praktischen Gründen aktuell nicht aus der Schweiz ausgewiesen werden. Das Kantonsratsreferendum ist bereits zustande gekommen. Ein Abstimmungstermin steht noch nicht fest.

reits zustande gekommen. Ein Abstimmungstermin steht noch nicht fest.

### NEIN zu den Krankenkassen-Initiativen von Mitte-Links

Nationalrätin Barbara Steinemann präsentierte die beiden Krankenkassen-Initiativen von Mitte-Links («Prämien-Entlastungs-Initiative» und «Kostenbremse-Initiative»). Im Falle der «Prämien-Entlastungs-Initiative» der SP, die die Prämienverbilligungen massiv ausweiten möchte, warnte Steinemann vor horrenden Mehrkosten für den Mittel-

stand. Die Sparanreize würden entfallen und ein weiterer Anstieg der Gesundheitskosten ist damit vorprogrammiert. Die Delegierten sagten grossmehrheitlich NEIN zur Vorlage (222 Nein zu 2 Ja).

Steinemann zeigte auf, wie die «Kostenbremse-Initiative» der Mitte ein starres Modell zur Kosteneinsparung vorschlägt, bei dem der Bund den Kantonen ein Globalbudget diktiert. Dies würde zu einer Rationierung der Leistungen und zu einer Zweiklassenmedizin führen. Eine klare Mehrheit der Delegierten lehnte die Initiative ebenfalls mit 214 Nein zu 7 Ja bei 4 Enthaltungen ab.

### JA zur Initiative für «Für Freiheit und körperliche Unversehrtheit»

Die Initiative «Für Freiheit und körperliche Unversehrtheit» wurde von Nationalrat Mauro Tuena vorgestellt. Die Initiative lehnt die Impfpflicht ab. Im nationalen Parlament bemühte sich die SVP um einen ausgewogenen Gegenvorschlag, scheiterte jedoch. Trotzdem würden die Vorteile der Vorlage überwiegen, befand Tuena und empfahl die JA-Parole. Nach einer Diskussion folgten die Delegierten der Empfehlung grossmehrheitlich mit 157 Ja zu 53 Nein bei 15 Enthaltungen.

### Deutliches NEIN zum «Mantelerlass»

Anschliessend stand eine kontradiktorische Diskussion zum neuen Energiegesetz («Mantelerlass») auf dem Programm. GLP-Nationalrat Martin Bäuml argumentierte, der Mantelerlass sei dringend nötig, um die Versorgung der Schweiz mit nachhaltig produzierter Energie zu sichern. Die Entgegnung bestritt SVP-Kantonsrat Paul von Euw. Er betonte, dass es sich beim «Manteler-

lass» um eine Verschärfung des Energiegesetzes von 2016 handelt. Die damaligen Warnungen der SVP hätten sich alle bewahrheitet: Die Energiestrategie könne das Versprechen nicht erfüllen, die Versorgung mit sicherer und «grüner» Energie zu garantieren. Das Gegenteil sei der Fall: Die Verschandelung sei enorm, der Strom würde teurer. Die ganze Energiestrategie müsse überarbeitet werden. Paul von Euws Argumente überzeugten die Delegierten.

Nach engagierter Diskussion lehnten sie mit 214 Nein- bei 8 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen den «Mantelerlass» überaus deutlich ab.

### Rahmenabkommen 2.0

Nach der Pause referierte Nationalrat Martin Hübscher zum vom Bundesrat anvisierten Rahmenabkommen mit der EU. Er wies darauf hin, dass das Abkommen auch aus Sicht der Landwirtschaft gefährlich ist, weil sie ebenfalls von der Übernahme von EU-Gesetzen betroffen sei.

Die Anerkennung des Europäischen Gerichtshofs, der Sanktionen gegen die Schweiz verhängen kann, bedeute das Ende der Schweizer Demokratie, wie wir sie kennen.

Nach der Vorstellung der Rechnung 2023 und des Budgets 2024, die von den Delegierten einstimmig genehmigt wurden, schloss die Delegiertenversammlung.

Die nächste Delegiertenversammlung findet am Dienstag, 9. Juli 2024, statt.



Marco Calzimiglia  
Parteisekretär  
SVP Kanton Zürich  
Seuzach

## Weniger Freiheit? Weniger Demokratie?



Diana Gutjahr  
Unternehmerin / Nationalrätin SVP/TG

«Wenn der Bundesrat dieses Abkommen unterschreiben will, ist ein Volksentscheid zwingend. Bei solch weitreichenden Verträgen müssen die Stimmbürger mitreden können.»

## Nein zur Bevormundung in Gesundheitsfragen!

Der Pandemiepakt muss vor das Parlament:  
Petition jetzt unterzeichnen!



WHO-Pandemieabkommen  
Nein danke!  
www.pandemiepakt.ch

Regeln Sie Ihren Nachlass rechtzeitig:

## Bleiben Sie in guter Erinnerung!

Die SVP des Kantons Zürich setzt sich für Freiheit, Demokratie und die Unabhängigkeit unserer Schweiz ein. Damit wir dies auch in Zukunft bei Wahlen, Abstimmungen oder mit anderen politischen Aktivitäten machen können, sind wir auf finanzielle Unterstützung angewiesen.

Helfen Sie uns dabei. Berücksichtigen Sie uns in Ihrem Nachlass, damit unser Land und Ihre Nachfahren auch in Zukunft in Freiheit und Unabhängigkeit leben können. Wirken Sie so über Ihr Leben hinaus.

Wir beraten Sie gerne bei der Planung eines Engagements für die SVP und danken Ihnen für Ihre Unterstützung.



Geschäftsstelle | Lagerstrasse 14 | 8600 Dübendorf | Tel. 044 217 77 66



Christoph  
Mörgeli

## Wer sind die Schutzbedürftigen?

Die Stadt Stein am Rhein gab unlängst die Zahl von 3570 Einwohnern bekannt – inklusive «Schutzbedürftige». Die Aargauer SP-Nationalrätin Gabriela Suter forderte soeben, dass der Asylbereich den «wirklich Schutzbedürftigen» zugutekomme. Radio SRF fragte Asylminister Beat Jans (SP): «Nehmen Sie in Kauf, dass Schutzbedürftige durch die Masche fallen?» Stäfa hat Geld zur Eignungsabklärung «von weiteren Unterbringungsmöglichkeiten von schutzbedürftigen Personen» bewilligt. So viel Schutzbedürfnis war noch nie. So viele Schutzbedürftige waren noch nie. Die rund 70000 aufgenommenen Ukrainer erhielten den Status «S» für Schutzbedürftige. Was sie gegenüber den andern «Flüchtlingsen» massiv bevorteilte. Denn diese Schutzbedürftigen dürfen vom ersten Moment an arbeiten. Was sie aber nicht so richtig wollen. Noch immer sind vier Fünftel der schutzbedürftigen S-Kategorie aus der Ukraine ohne Arbeit – und damit aus Steuergeldern finanziert. Und jetzt das: Der Zürcher Regierungsrat und Sicherheitsdirektor Mario Fehr (ehemals SP, jetzt parteilos) machte darauf aufmerksam, dass die Ukrainer an vierter Stelle der Kriminalitätsstatistik stehen. «Auffällig und ein neues Phänomen sind die Ukrainer», sagte Fehr. Die Straftaten von Asylkriminellen sind hierzulande innert Jahresfrist um fünfzig Prozent gestiegen. Vor allem bei schweren Gewaltstraftaten und bei Diebstählen. Die angeblich «Schutzbedürftigen» stellen den Hauptharst bei der Zunahme der Verbrechen. Dazu gehören auch und besonders die mit dem Status «S» bevorzugten «schutzbedürftigen» Ukrainer. Da stellt sich die Frage, wer eigentlich schutzbedürftig ist. Schutzbedürftig sind mittlerweile Herr und Frau Schweizer, deren Wohnungen, deren Hab und Gut und deren Autos vor Einbrüchen nicht mehr sicher sind. Schutzbedürftig sind unsere Frauen, die sich abends nicht mehr auf die Strasse getrauen. Schutzbedürftig sind unsere Jugendlichen, die im Ausgang vor Messerattacken nicht mehr sicher sind. Es wäre höchste Zeit zur Einführung des Schutzstatus «S». Wobei «S» soviel wie Schweizer bedeutet.

## SPITÄLER IN FINANZNOT

# Eine weitsichtige Finanzplanung durch die Spitäler ist wichtiger denn je

Sie konnten es in den vergangenen Tagen in den Medien lesen: Der Regierungsrat hat von der GZO AG Spital Wetzikon und vom Universitäts-Kinderspital Zürich Gesuche um finanzielle Unterstützung erhalten. Beide Spitäler sind in eine Situation geraten, in der die Zahlungsfähigkeit in absehbarer Zeit nicht mehr gesichert ist.



Natalie Rickli  
Regierungsrätin SVP  
Winterthur

Die Herausforderungen für die Spitäler sind gross. Generell ist eine Transformation im Gang, bei der es darum geht, das Spitalwesen auf die künftigen Bedürfnisse auszurichten. Diese werden durch verschiedene Faktoren beeinflusst: Die alternde Bevölkerung, das Bevölkerungswachstum, der gesellschaftliche Wandel. Es geht aber vor allem auch darum, den Spitalbetrieb effizienter zu machen. Dazu gehört der Weg in Richtung integrierte Versorgung, mehr ambulante statt stationäre Behandlungen und die dringend nötige Digitalisierung.

### Abgeltung ambulanter Leistungen wird verbessert

In den letzten Jahren sind ein paar zusätzliche Herausforderungen dazugekommen. Dazu gehören die allgemeine Teuerung, die gestiegenen Energie- und Personalkosten sowie der Arbeitskräftemangel, der sich akzentuiert hat. Einige von diesen Problemen sind vorübergehend und für andere sind Lösungen unterwegs. Ich denke zum Beispiel an die einheitliche Finanzierung von ambulanten und stationären Leistungen (EFAS) oder die neuen ambulanten Tarife (Tardoc). Zwei wichtige nationale Reformen. Wobei EFAS die Hürde im eidgenössischen Parlament genommen hat, sich jedoch ein Referendum abzeichnet, Tardoc mit ambulanten Pauschalen noch beschlossen werden muss. Hier ist der Bundesrat gefordert, dies rasch zu tun. Denn eine Verbesserung der Abgeltung im ambulanten Bereich wird zu einer notwendigen Verlagerung in den ambulanten Bereich führen. Dieser ist gesamthaft gesehen kostengünstiger und entlastet auch das Spitalpersonal, insbesondere die Pflege, da keine Nacht- und Wo-



Viele Spitäler im Kanton Zürich, wie hier das Triemlispital, planen teure Neubauten oder haben sie in den letzten Jahren realisiert.

Bild: Wikipedia

chenendienste nötig sind. Wie erwähnt sind einige positive Ansätze auf dem Weg. Andere Herausforderungen werden aber bleiben. Deshalb ist eine sorgfältige und weitsichtige Finanzplanung durch die Spitäler wichtiger denn je.

### Anpassung an Revision des Krankenversicherungsgesetzes

Die Spitalfinanzierung wurde in der Schweiz 2012 mit der Revision des Krankenversicherungsgesetzes umgestellt. Seither ist eine generelle Defizitdeckung durch die Kantone nicht mehr vorgesehen. Die Spitäler bekommen für ihre Leistungen fallbezogene Pauschalen, mit denen sie auch ihre Investitionen decken müssen. Sie haben damit einen grösseren unternehmerischen Spielraum, im Gegenzug aber auch die finanzielle, personelle und betriebliche Verantwortung sowie die Pflicht, die Leistungsaufträge, welche sie im Rahmen der Spitalplanung vom Kanton erhalten, in hoher Qualität zu erfüllen. Schon heute gibt der Kanton jährlich

rund 1,7 Milliarden Franken für die stationäre Gesundheitsversorgung aus. Für jede Nacht, die Sie im Spital verbringen, übernimmt der Kanton 55% der Kosten. Im Spitalplanungs- und -finanzierungsgesetz ist festgelegt, in welchen Fällen der Kanton noch finanzielle Unterstützung aus zusätzlichen Steuergeldern leisten kann.

### Je nach Fall: Kanton hilft aus

Weil das Kinderspital für die medizinische Versorgung von Kindern und Jugendlichen im Kanton Zürich unverzichtbar ist, hat der Regierungsrat trotz der angespannten Finanzlage des Kantons entschieden, ein zusätzliches Darlehen in Höhe von 100 Mio. Franken für den Neubau und Subventionen in Höhe von 35 Mio. Franken für den Betrieb zu sprechen. Die finanzielle Unterstützung ans Kispä hat der Regierungsrat allerdings an strenge Auflagen geknüpft. Damit will er dafür sorgen, dass ähnliche Situationen in Zukunft möglichst vermieden werden können.

Beim GZO Spital Wetzikon sind die gesetzlichen Anforderungen für die geforderte finanzielle Unterstützung im Umfang von 180 Mio. Franken nicht erfüllt. Die Verantwortlichen des Spitals – der Verwaltungsrat und die Aktionärsvereine – stehen in der Pflicht, die finanzielle Stabilität sicherzustellen.

Grundsätzlich kann man sagen: Ein Spitalistenplatz bedeutet keine Staatsgarantie. Die Spitalverantwortlichen sind daran, eine alternative Lösung zu finden.

Der laufende Betrieb ist sichergestellt. Wichtig ist, dass die Spitalverantwortlichen sowohl die Mitarbeitenden, Patienten und die Gemeinden als Aktionäre des Spitals ihrerseits die Bevölkerung klar und transparent informieren.

Allen Herausforderungen zum Trotz können wir festhalten: Die stationäre medizinische Versorgung im Kanton Zürich ist auf einem sehr hohen Niveau sichergestellt.

## MASSIVER ANSTIEG DER DELIKTE IN DER KRIMINALSTATISTIK

# Deutschland und Ausländergewalt

Während in Deutschland ab sofort das Kiffen erlaubt wird, lassen brisante Zahlen zur Kriminalität aufhorchen. Deutschland erlebt einen beispiellosen Anstieg der Kriminalität. Die aktuellen Zahlen zeigen: Auch die Schweiz steht am Anfang dieser Entwicklung, wenn sie jetzt nicht Einhalt gebietet.



Reinhard Wegelin  
Alt Parteisekretär  
Pfäffikon ZH

Die massive Zunahme der Straftaten in Deutschland, insbesondere die Steigerung der Gewaltdelikte um 8,6 Prozent ist beispiellos.

Der öffentliche Raum wird zusehends zu einem Gewalt- und Gefahrenraum.

### Illegale Massenzuwanderung

Ein zentraler Treiber dieser Zustände ist die illegale Massenzuwanderung, wie die Statistik der Tatverdächtigen ausweist.

Unter ihnen sind Ausländer mit 41 Prozent – bei einem Bevölkerungsanteil von lediglich rund 15 Prozent – weit überproportional vertreten, wobei unter den Ausländern wiederum die Gruppe der Zuwanderer mit einem Anteil von 43 Prozent hervorsteht. In beiden Gruppen ist zudem ein dramatischer Anstieg zum Vorjahr von 18 Prozent beziehungsweise 30 Prozent festzustellen.

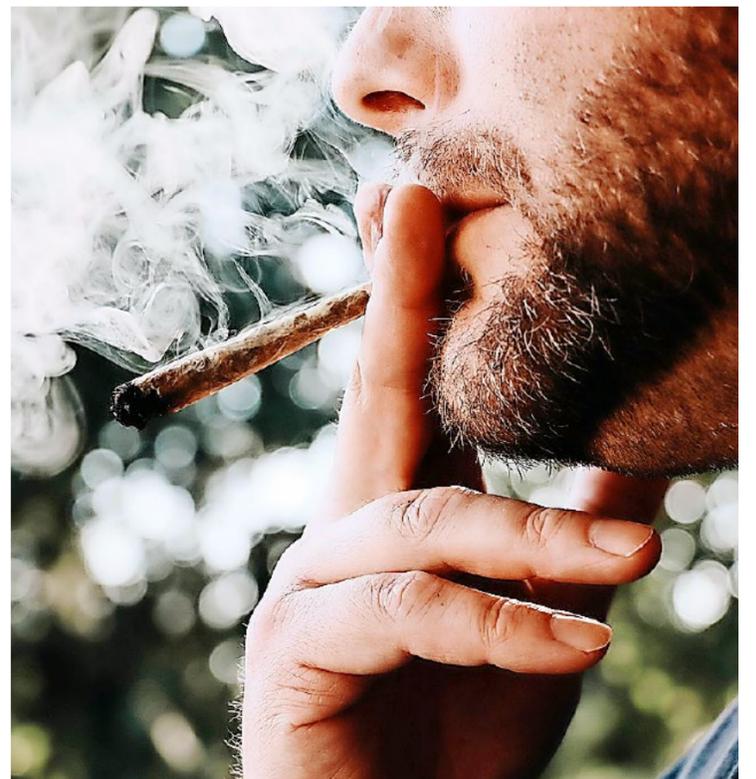
### Offenbar völlige Sanktionsfreiheit

Bei diesen Tätern scheint die Gewalt im Gefühl völliger Sanktionsfreiheit ausgelebt zu werden.

Sie stehen im Schutz deutscher Kuscheljustiz. Die Zahl der verdächtigen nichtdeutschen Jugendlichen zwischen 14 und 18 Jahren stieg um über 30 Prozent – in der Vergleichsgruppe der deutschen Jugendlichen betrug der Anstieg ein Prozent. Die deutsche Innenministerin hat für diesen massiven Anstieg keine glaubwürdige Erklärung und versucht, die Zahlen gar als eine Folge von Corona darzustellen.

### Politisierung der Beamtenschaft

Statt sich diesen Problemen zu widmen, versucht Innenministerin Faeser die Sicherheitsbehörden von politisch Andersdenkenden zu säubern und oppositionelle Stimmen zu kriminalisieren. Und statt die steigende Kriminalität zu unterbinden, verlegt man sich darauf, die Ursachen der Probleme statistisch zu verschleiern, indem im Zuge der Aufweichung der Einbürgerungsvoraussetzungen Mehrstaatlichkeit zur Regel wird, womit kriminelle Mehrstaatler in der Gruppe der deutschen Tatverdächtigen verschwinden.



Deutschland im Rausch? Die Ampelregierung priorisiert Cannabis-Legalisierung und Problemverschleierung.

Bild: Wikipedia

## AUS DEM KANTONS RAT

## Bildung und Bau im Fokus

Zahlreiche Vorstösse wurden behandelt. Eine SVP-Motion, um Lehrer mit Fachhochschulabschluss gegenüber solchen mit universitärem Abschluss gleichzustellen, war erfolgreich. Leider brachte auch die Linke einen Vorstoss durch, um mehr Junge in die Gebäudebranche zu locken, die dann anderswo fehlen werden.



**Romaine Rogenmoser**  
Kantonsrätin SVP  
Bülach

Eingestiegen in die heutige Ratssitzung sind wir mit Bauhemen – diese werden im Ratskommentar näher beleuchtet.

## Verschiedene Bildungsvorstösse

Anschliessend war die Bildungsdirektorin gefordert. Gleich mehrere «Altlasten» zur besseren Corona-Bewältigung wurden heute behandelt. So auch das erste Bildungsthema, das sich mit den Anschlussmöglichkeiten für Schulabgänger befasste. Die KBIK beantragte die Abschreibung, welcher anstandslos gefolgt wurde.

Auch das Postulat, das sich Gedanken machte, wie der Berufsbildungsfonds in Krisen sinnvoll genutzt werden kann, wurde abgeschrieben, da ganz offensichtlich genügend Instrumente existieren, um in Krisenfällen mittels ausserordentlicher Beiträge aus der Kantonskasse intervenieren zu können.

## Lehrer mit Fachhochschulabschluss erhalten gleichen Lohn

Einen Erfolg feiern durfte unser Kantonsrat Rochus Burtscher mit seiner Motion. Hierbei ging es darum, die Rechtsgrundlagen so anzupassen, damit Lehrer mit Fachhochschulabschluss und einem Lehrdiplom der Pädagogischen Hochschule für die Sekundarstufe II/Berufsbildung bezüglich der Anstellung und Tätigkeiten an Berufs- und Berufsmittelschulen Lehrern mit universitärem Hochschulabschluss gleichgestellt sind. Insbesondere die unterschiedliche Entlohnung soll künftig behoben werden. Dies sah der Rat ebenso und überwies die Motion. Erstaunlich dabei war, dass die SP-Fraktion diese Motion ablehnte – eine Partei, die ständig die Lohnunterschiede moniert, bei konkreten Vorschlägen dann aber keine Hand bietet.

## Asylanten für die Solarbranche?

Beim Thema «Zürcher Bildungsoffensive für die Gebäudebranche» herrschte weniger Einstimmigkeit. Wieder einmal soll hier das Gewerbe mit Geld gelockt werden. Diesmal, um die Umwelt zu retten. Tatsache ist aber, dass sich



**Lässt sich mit Asylbewerbern die Energiewende vorantreiben? Linksgrün glaubt daran.**

Bild: Oesterreichs Energie/Christian Fischer

die Jugendarbeitslosigkeit auf einem sehr tiefen Niveau befindet. Es würde also keinen Sinn machen, hier noch Geld zu investieren für Leute, die uns sowieso schon fehlen. Diese sind nämlich schon an einem anderen Ort beschäftigt und wenn man sie mit Geldern in die Gebäudebranche locken würde, dann fehlen sie am anderen Ort. Die Strategie kann also nicht aufgehen. Aber die Grünen konnten es natürlich nicht lassen, bei diesem Geschäft das – aus ihrer Sicht erfolgreiche – Programm «Refugees go Solar» zu propagieren, bei dem Flüchtlinge eine realistische Chance erhalten, sich bei Firmen eine langfristige berufliche Anschlusslösung im ersten Arbeitsmarkt zu erarbeiten. Im Klartext: Asylanten sollen ausgebildet werden, um die Energiewende voranzutreiben, indem sie zu Solarpanel-Monteuren ausgebildet werden. Quasi «zwei Fliegen auf einen Streich». Die Idee ist trotzdem heuchlerisch, wie so vieles der linken Seite.

Denn wehe, wenn die SVP fordert, die Asylanten sollen für Hilfsarbeiten in den Gemeinden herangezogen werden können. Dann ist plötzlich ein solcher Arbeitseinsatz nicht mehr zumutbar. Natürlich wurde die Motion

mit den aktuellen Mehrheiten überwiesen.

## Weitere Vorstösse

Ebenso war es mit dem Postulat, das eine Stärkung der Chancengerechtigkeit beim Hochschulzugang forderte. Die Bildungsdirektorin machte aber klar, dass auch dieser Vorstoss einmal mehr nur die Verwaltung beschäftigen wird. Erstaunlicherweise folgte der Rat in dieser Frage der Regierung und lehnte die Überweisung ab. Weiter befasste sich der Rat einmal mehr mit dem Lehrermangel und wie dem zu begegnen sei. Das Postulat der FDP fordert Massnahmen, insbesondere was die Beschäftigungsquote, die Produktivität und die Verweildauer im Beruf forderte. Mit Unterstützung von SVP, GLP, EVP und der Mitte wurde dieses Anliegen überwiesen. Und einmal mehr verortete die linke Ratsseite ein Problem: diesmal beim Zugang zur Bildung. Sie forderte, ein Programm zu schaffen zur Unterstützung des Einstiegs in die Hochschule für Asylbewerber, vorläufig aufgenommene und anerkannte Flüchtlinge. Quasi ein Studienzugangsexpress für diese Leute. Das Postulat wurde knapp abgelehnt – es geschehen noch Zeichen und Wunder.

## KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

## Das Bauen wird teuer und kompliziert



**Peter Schick**  
Kantonsrat SVP  
Zürich

Im Kantonsrat fand am Montag die Schlussabstimmung zur unsäglichen Vorlage «Klimaangepasste Siedlungsentwicklung» statt. Die ausufernden Voten wurden schon Anfang Jahr im Rat gemacht. Die SVP lehnte als einzige Fraktion ab. Die unmögliche Vorlage des grünen Baudirektors Martin Neukom wurde in der Kommission von seinen Getreuen noch weiter entstellt. Es ist ein richtiges Bauverhinderungs-, Verteuerungs- und Verkomplizierungsgesetz, das da verabschiedet wurde.

Dies interessierte die Klimaallianz herzlich wenig. Es wurde so richtig mit der grossen Kelle angerührt und dies alles angeblich zum Wohle des Klimas. Der Kanton redet zukünftig den privaten Eigentümern drein, wie sie zu bauen haben. Die bei einigen Eigentümern beliebten Steingärten sind nicht mehr möglich. Bäume ab hundert Zentimeter Baumumfang können einzeln oder gebietsweise geschützt werden. Zum Fällen muss eine Bewilligung eingeholt werden. Die Umgebung um das Einfamilien- oder Mehrfamilienhaus muss qualitativ angemessen und wertvoll begrünt sein. Sträucher und Bäume dürfen näher an die Grundstücksgrenze gesetzt werden. Die Versiegelung auf dem Grundstück muss so gering als möglich gehalten werden. Bei allen neu erstellten Flachdächern oder bei wesentlichen Veränderungen kann die Gemeinde die Begrünung vorschreiben. Diese muss dann natürlich qualitativ hochstehend sein.

Die Abänderung der Unterbauungsziffer konnte verhindert werden. Es darf weiterhin unterirdisch bis an die Grundstücksgrenze gebaut werden. Ein Wermutstropfen bleibt trotzdem übrig. Die neu zu pflanzenden Bäume müssen einen genügend grossen Wurzelraum haben. Bei Bebauung eines Grundstückes müssen bestehende Bäume möglichst erhalten bleiben oder es muss eine angemessene Ersatz- und Neupflanzung vorgesehen werden. Die Grundstücknutzung darf dabei nicht übermässig erschwert werden, was auch immer das heissen mag. Besteht ein wesentliches öffentliches Interesse, insbesondere das Lokalklima zu schützen, können für ganze Zonen oder gebietsweise die Stellung und die äusseren Abmessungen der Bauten vorgeschrieben werden.

Dies alles wird das Bauen und den Unterhalt weiter verteuern. Es sei nochmals erwähnt, dass der Kanton zukünftig diktiert, was gemacht werden darf. Die Mehrkosten tragen die Eigentümer und dann eben auch die Mieter. Die Gemeinden müssen ihre Bau- und Zonenordnungen anpassen. Die neuen Bestimmungen werden für die Gemeinden einen Mehraufwand im Baubewilligungsverfahren bedeuten. Neben der Baupolizei müssen diese nun zusätzlich auch einen Grünpolizisten einstellen. Wer will denn sonst die Qualität der Grünflächen und die der Dachflächen beurteilen können und ob ein Baum gefällt werden darf oder nicht? Die Links-Grüne-Mitte-Parteien betreiben wieder einmal eine «Pflasterlipolitik» auf Kosten von Gemeinden und Einwohnern. Das einzige Rezept, das wirklich helfen wird, ist, die masslose Zuwanderung endlich zu stoppen. Ansonsten wird noch die letzte Grünfläche im Kanton Zürich überbaut werden. Dem Klima ist damit auch nicht geholfen.



**Steingärten sollen im Kanton Zürich in Zukunft nur noch mit Bewilligung möglich sein.**

Bild: Wikipedia

## WORTE DES PARTEIPRÄSIDENTEN

## Für ein nachhaltiges Bevölkerungswachstum jetzt!

Letzte Woche, Mittwoch, den 3. April 2024, reichte die SVP Schweiz nach bloss neun Monaten Sammelzeit ihre sogenannte «Nachhaltigkeitsinitiative» bei der Bundesverwaltung mit über 114'000 Unterschriften ein. Dieser Grosserfolg ist zu einem entscheidenden Teil der SVP des Kantons Zürich zu verdanken. Unsere Partei war von Beginn weg bereit, hier Verantwortung zu übernehmen und die Unterschriftensammlung zu koordinieren. Es ist mir an dieser Stelle wichtig, zu sagen: Besten Dank an alle, die sich mit grossem Einsatz für das Zustandekommen der Unterschriften eingesetzt haben!

## So kann es nicht weitergehen

Unser Land, aber auch unser Kanton platzt aus allen Nähten. Volle Züge, überfüllte Schulen und Infrastruktur, die an den Anschlag kommt: alles Folgen des ungesunden Bevölkerungswachstums der letzten Jahre. Klar ist auch: Haupttreiber des Bevölkerungswachstums ist die masslose Zuwande-

rung. Mit der Einführung der Personenfreizügigkeit und der völlig verfehlten Asyl- und Ausländerpolitik des Bundes haben wir uns selbst in die Bredouille gebracht. Nun liegt es an uns, die Weichen für die Zukunft richtig zu stellen und unseren Kindern und deren Kindern eine nachhaltige, unverbaute und lebenswerte Schweiz zu hinterlassen.

## Die SVP bietet Lösungen

Mit der Nachhaltigkeitsinitiative wird der Bundesrat verbindlich beauftragt, genaustens zu überwachen und dafür zu sorgen, dass die Bevölkerungsexplosion in der Schweiz endlich zum Stillstand kommt. Dies soll über einen umsetzbaren Stufen-Plan erfolgen, mit welchem sichergestellt wird, dass die Schweizer Wirtschaft sich an die geänderten Umstände anpassen kann und dass die Politik auch regelmässig neue Richtwerte erlassen kann.

Es ist unter dem Strich ganz einfach: Es gibt kein einziges substanzielles Pro-

blem in unserem Land, das durch das Bevölkerungswachstum nicht verschärft wird. Energiemangel, Wohnungsnot, Verschandelung unserer Natur oder Fachkräftemangel: alles Ausdrücke und Erscheinungen des grossen Problems Bevölkerungswachstum.

Mit der Nachhaltigkeitsinitiative bekämpfen wir gemeinsam das Problem an der Wurzel. Der Abstimmungskampf steht uns noch bevor, doch ich bin guten Mutes, dass wir hier ein klares Zeichen für eine sichere Zukunft in Freiheit für uns alle setzen können.



**von**  
**Domenik**  
**Ledergerber**

## MEDIENMITTEILUNG DER SVP WINTERTHUR VOM 9. APRIL 2024

## Rechnung 2023: SVP Winterthur verlangt aktive Wirtschaftspolitik

Die Rechnung 2023 der Stadt Winterthur schliesst gemäss Mitteilung des Stadtrates mit einem «leichten» Defizit von drei Millionen Franken ab. Dies ist das Ergebnis von höheren Steuereinnahmen bei natürlichen Personen und Grundstückgewinnsteuern bei einem gleichzeitig massiven Einbruch der Steuern von Unternehmen um einen Drittel. Zudem subventionieren der Kanton und die anderen Gemeinden die Ausgaben der Stadt.

Für die SVP zeigen sich hier die Folgen der verheerenden Wirtschaftspolitik des Stadtrates. «Es geht nicht, dass die Stadt Unternehmen vertreibt und dann die Winterthurerinnen und Winterthurer über einen hohen Steuerfuss bluten lässt», so Fraktionspräsident Christian Hartmann. Die Stadt muss sich endlich aktiv darum kümmern, dass Un-

ternehmen wachsen und in Winterthur bleiben können.

Generell ist das Ausgabeniveau zu hoch. Sparanstrengungen sind keine auszumachen, ein Sparprogramm ist nicht einmal geplant und dies trotz einem für 2027 geplanten Defizit von 55 Millionen Franken. Die SVP wird den Stadtrat auch an der versprochenen «strikten Priorisierung der Bedürfnisse» messen.

Ein Trauerspiel ist die Qualität der Budgetierung. Im Budget 2023 ging der Stadtrat noch von einer Erhöhung der Steuereinnahmen von Unternehmen von gegen 3% aus – jetzt sind es minus 33%. Es scheint, der Stadtrat macht sich seine Budgetwelt, wie sie ihm gefällt. Oder er ist nicht in der Lage, die finanziellen Folgen seiner Politik abzuschätzen.

## «INKLUSION» AN DEN SCHULEN

## Befreiungsschlag oder alter Wein in neuen Schläuchen?

Das integrative Schulmodell führt zu wachsenden Problemen, wie sogar einige Befürworter eingestehen. Nun ergreift die Schule Wetzikon die Flucht nach vorne und bekennt sich zur Inklusion. Was ist davon zu halten?



**Zeno Schärer**  
Gemeinderat SVP  
Wetzikon

Neulich präsentierte die Schule Wetzikon einen Film über ihren «Weg zur Schule der Vielfalt». Kurz vorher durfte sie im «Zürcher Oberländer» das Loblied der Inklusion singen. Eine kritische journalistische Einordnung erfolgte nicht, obschon die Vorbehalte der SVP gegen das inklusive Schulmodell wohlbekannt sind. Vielleicht liegt dies an den immer knapperen Ressourcen der Medien für lokale Politik.

## Postulat zeigt Probleme auf

Rückblende: Im Jahr 2021 reichte die SVP ein Postulat zur integrativen Schule ein.

Die Antwort des Stadtrats förderte eine schier unübersehbare Palette von Massnahmen zutage, mit denen alle Kinder in der Regelklasse beschult werden sollen. Was gut tönt, führt zu einem riesigen Koordinationsaufwand, Unruhe im Klassenzimmer und Überforderung bei Schülern und Lehrern. Die

«Integration» ist ein Etikettenschwindel, wenn schwache Schüler ständig aus dem Klassenverband herausgenommen und faktisch separiert beschult werden. Zudem zeigte eine Umfrage der Schule unter den Wetziker Lehrern deren hohe Belastung. Die drei meistgenannten Stressoren (administrative Aufgaben, schwierige Schüler und heterogene Klassen) sind Krisensymptome der integrativen Schule.

Welche Schlüsse zog die Schule Wetzikon daraus? Leider traf sie keine Anstalten, den Dschungel von Fördermassnahmen auszulichten, die Lehrer von administrativen Aufgaben zu entlasten, die Eltern von Problemschülern vermehrt in die Pflicht zu nehmen und separierenden Unterricht zuzulassen. Stattdessen setzte sich die Schulpflege ein neues Legislaturziel: «Die Schule Wetzikon ist inklusiv ausgerichtet.»

## Vermeintlich neue Ansätze

Ein weiterer SVP-Vorstoss förderte im Januar 2024 keine klare Definition von Inklusion zutage. Mit Phrasen wie «progressiver Entwicklungsschritt» und «sich gemeinsam auf den Weg machen» entzieht man sich der inhaltlichen Diskussion und der kritischen Bewertung von Ergebnissen. Die neu entwickelten «Im-

pulsarten» der Schule Wetzikon zeigen, worum es wirklich geht: Individualisierung, selbstorganisiertes Lernen, Unterrichten nach dem Churer Modell usw. Solche vermeintlich innovativen Ansätze werden von den pädagogischen Hochschulen eifrig propagiert. Die Unterschiede zur integrativen Schule, welche zu den heutigen Problemen geführt hat, sind somit mehr semantischer als inhaltlicher Natur.

An den bestehenden Problemen ändert sich mit der Inklusion wenig: Die Belastung der Lehrer wird durch noch mehr Absprachen und individualisierte Einzelförderung steigen. Die komplexen Strukturen mit vielen Hilfs- und Fachpersonen im Schulzimmer werden nicht angetastet. Schüler können nicht in halbwegs homogenen Leistungsgruppen lernen. Zudem ist es «alter Wein in neuen Schläuchen», wenn Konzepte wie «Draussen-Schule» und «Peer-Teaching» propagiert werden. Erfahrene Lehrer setzen solches seit Jahren um – auch ohne Berufung auf die modische Inklusion.

## Was die Wissenschaft dazu sagt

Der Bildungsforscher John Hattie hat in seiner bahnbrechenden Metastudie bereits vor rund 15 Jahren nachgewiesen, was für den Lernerfolg entscheidend ist: die pädagogische Haltung des Lehrers und seine Fähigkeit, zu den Schülern eine echte Lernbeziehung aufzubauen. Daher sind Ansätze wie dialogisches Lernen oder Lerncoaching vielversprechend.

Genau solches wird aber durch selbstorganisiertes Lernen und individualisierten Unterricht stark beeinträchtigt – auch das ist wissenschaftlich erwiesen. So erstaunt es nicht, dass die Inklusion als Ganzes in der Hattie-Studie schlecht abschneidet. Fazit: Die Schule Wetzikon führt ein, was erwiesenermassen nicht funktioniert, und schafft ab, was funktioniert. Was bleibt zu tun? Wo man die Inklusion nicht verhindern kann, gilt es, sie wenigstens kritisch zu begleiten und die Befürworter auf ihren Versprechen zu behaften.



Die «Inklusion» bereitet sowohl Schülern als auch Lehrern Kopfzerbrechen.

Bild: Adobe Stock

## NINA FEHR DÜSEL SPRICHT AN DER GENERALVERSAMMLUNG DER SVP VOLKETSCHWIL

## Aktuelle Themen standen auf der Agenda

Vergangene Woche hat die SVP Volketswil die Nationalrätin Nina Fehr Düsel an ihre Generalversammlung eingeladen, welche ein Referat zum Thema «Aktuelles aus Bundesbern» hielt.

## Mitgliederschwund bekämpfen

Vorab wurde ein reichhaltiger Apéro organisiert. An der GV wurde das Thema Mitgliederschwund angesprochen. Um dagegen zu wirken, wird auch vermehrt der Kontakt zum Gewerbe gesucht und verschiedene Veranstaltungen werden mitorganisiert. David Fischer wurde nochmals als Präsident bestätigt und auch der Vorstand wurde um eine jüngere Person erweitert.

## Referat von Nina Fehr Düsel

In ihrem kurzweiligen Schlussreferat erwähnte Nationalrätin Nina Fehr Düsel nebst einigen Anekdoten, dass vor allem die Themen Sicherheit/Kriminalität, aber auch das neue Vertragspaket mit der EU sowie das Thema Asyl/Zuwanderung in Bern sehr beschäftigten. Leider habe insbesondere die Jugendkriminalität gemäss Kriminalstatistik wieder stark zugenommen und deshalb müsse das Jugendstrafrecht endlich verschärft werden, wie sie in einer Motion in der Frühjahrssession einforderte.

Auch das neue «Rahmenabkommen» mit der EU sieht sie sehr kritisch. Leider sind wir hier wieder einmal allein, aber die Stimmung in der Bevölkerung ist auf unserer Seite. Die dynamische Übernahme des EU-Rechts und die frem-

de Gerichtsbarkeit haben für die Schweiz nur nachteilige Konsequenzen und wirken sich auf sehr viele Bereiche aus. Auch müsste die Schweiz hohe Kohäsionszahlungen leisten und hätte Sanktionen zu befürchten, wenn das EU-Recht nicht eingehalten wird. Dazu konnte durch die SVP in Bern beim Bundeshaus eine erfolgreiche Ballon-Aktion veranstaltet werden.

## Zuwanderung begrenzen

Schliesslich stand in der Frühjahrssession auch die Fragestunde an Bundesrat Beat Jans zu den systematischen Grenzkontrollen auf dem Programm. Die SVP

stellte sehr viele Fragen und wies darauf hin, dass ein grosser Handlungsbedarf im Asylwesen und bei der Begrenzung der Zuwanderung besteht. Dies zeigte auch die rekordschnelle Erreichung der 114 600 Unterschriften gegen die 10-Millionen-Schweiz.

Im Anschluss an das spannende Referat wurden sehr viele Fragen gestellt, insbesondere zum neuen «Rahmenabkommen». Schliesslich sassen die zahlreichen Mitglieder noch lange zusammen und gönnten sich nochmals etwas vom Apéro.

Die Redaktion



Das Referat von Nina Fehr Düsel tangierte viele aktuelle Themen.

Bild: ZVG

## GENERALVERSAMMLUNG DER JUNGEN SVP SEKTION OBERLAND-SEE

## Mehrere Wechsel im Vorstand

An der Generalversammlung der Jungen SVP Sektion Oberland-See in Dübendorf vom Freitag, 22. März 2024, wurden wichtige Entscheidungen getroffen. Marco Beerstecher wurde zum neuen Präsidenten gewählt, womit das Amt des Kassiers vom neuen Vorstandsmitglied Lukas Bosshard übernommen wurde.

Zudem wurden Darshan Rubischung und der bisherige Präsident Benjamin Stricker aus dem Vorstand verabschiedet. Die übrigen Vorstandsmitglieder

(Gian Staubli, Marco Vogt, Seraina Billeter und Yves Helfenberger) wurden für ein weiteres Jahr wiedergewählt. Wir danken den scheidenden Vorstandsmitgliedern für ihre langjährige Arbeit und wünschen ihnen alles Gute für die Zukunft.

Zum Schluss präsentierte Nationalrat Bruno Walliser ein fesselndes Referat über die Ereignisse der letzten Wochen der Frühlingssession in Bern.

Vorstand der JSVP Sektion Oberland-See



Der neue Präsident Marco Beerstecher zusammen mit NR Bruno Walliser und dem abtretenden Präsidenten Benjamin Stricker (v.l.n.r.).

Bild: ZVG

## WAHLEN IM KANTON THURGAU

## SVP verliert mit Proporzpech

Bei den Wahlen in den Grossen Rat des Kantons Thurgau kommt es zu Verschiebungen. Die SVP verliert vor allem wegen Proporzpechs und tiefer Wahlbeteiligung drei Sitze.

Der Kanton Thurgau ist eine SVP-Hochburg. Diesmal erlitt die SVP drei Verluste, obwohl sie den Wähleranteil leicht steigern konnte. Sie hat nun 42 der hundert Sitze. Die Mitte kommt auf 21 Sitze (plus 3). Die SP gewinnt vier Sitze und hat jetzt 18 Sitze. Einen weiteren Sitz muss die FDP abgeben, die jetzt noch 17 Sitze hat.

## Klare bürgerliche Mehrheit

Die Grünen verlieren zwei Sitze und kommen noch auf 13 Sitze. Die einst sehr starken Grünliberalen verlieren drei Sitze und haben neu noch sechs Mandate. Ihre sechs Mandate behält die EVP. Die im Thurgau traditionell star-

ke EDU hat einen Sitzgewinn zu verzeichnen und liegt bei sechs Mandaten. Erstmals in einem kantonalen Parlament ist nun die Bewegung Aufrecht mit einem Sitz vertreten.

In der Regierung konnten SVP und SP ihre Sitze verteidigen. Sie hatten je einen Rücktritt gehabt. Im Thurgau gilt der Usus, dass die Bürgerlichen jeweils auch die SP-Kandidatin zur Wahl empfehlen. So bleiben die Grünen draussen. Die Parlamentswahlen haben relativ starke Veränderungen unter den Parteien gebracht.

Aber die klare bürgerliche Mehrheit unter Führung der SVP bleibt bestehen.

**POLIT-APÉRO**  
2024



Wir laden Sie herzlich ein zu unserem politischen Diskussions-Forum.

Der Anlass ist öffentlich und wir freuen uns auf einen interessanten Austausch mit Ihnen. **Reservieren Sie sich bereits jetzt das Datum!**



Neuaufgabe Unterwerfungsvertrag  
Freitag, 31. Mai 2024, ab 18:00 Uhr



**Thomas Aeschi**

Nationalrat, Fraktionspräsident SVP



ab 18.00 Uhr Eintreffen  
18.15 Uhr Referat  
18.45 Uhr Fragen und Diskussion  
19.15 Uhr geselliges Beisammensein



Wirtschaft Unterdorf  
Katzenseestrasse 15  
8046 Zürich

Alle sind herzlich willkommen - auch Nicht-SVP-Mitglieder!



svp-zuerich11.ch

MEDIENMITTEILUNG DER SVP SCHWEIZ VOM 9. APRIL 2024

## Das Strassburger Urteil ist inakzeptabel – die Schweiz muss aus dem Europarat austreten

Das Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) ist ein Skandal. In den europäischen Gerichtspalästen herrschen offensichtlich Ideologie und Realitätsverweigerung. Die Gerichte haben Recht zu sprechen und nicht Politik zu machen. Zudem haben sich die Strassburger Richter nicht einmal damit auseinandergesetzt, dass die Schweiz vorbildlich ist bei der Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen. Die SVP verurteilt diese Einmischung fremder Richter aufs Schärfste und fordert den Austritt der Schweiz aus dem Europarat.

### Eingriff in die Souveränität der Schweiz

In einer inszenierten Klage gingen die Klimaseniorinnen vor dem Europäischen Menschenrechtsgerichtshof (EGMR) gegen die Schweiz vor. Mit ihrem heutigen Urteil machen sich die Strassburger Richter zu Marionetten von Aktivisten und haben nun endgültig ihre Glaubwürdigkeit verloren. Ihre dreiste Einmischung in die Schweizer Politik ist für ein souveränes Land inakzeptabel. Das Strassburger Urteil ist in mehrfacher Hinsicht skandalös:

- Es ist eine massive Verletzung der Gewaltentrennung – die Aufgabe von Gerichten ist es, Recht zu sprechen und nicht Politik zu machen.
- Mit diesem Urteil stützen die ideologischen Strassburger Richter die of-

fensichtliche Aushöhlung der rechtlichen Institutionen der Schweiz mit dem Ziel, billigen Klima-Aktivismus zu betreiben.

- Weder die Klägerinnen noch die realitätsfremden Robenträger in Strassburg haben sich mit den Fakten befasst: Kein entwickeltes Land hat so tiefe Treibhausgasemissionen pro Franken Wertschöpfung wie die Schweiz. Dies zumal die Schweiz mit Wasserkraft und Kernkraft in der Vergangenheit eine nahezu CO<sub>2</sub>-neutrale Energieproduktion hatte.

### EGMR macht Politik statt Rechtsprechung

Die SVP lehnt dieses Urteil fremder Richter entschieden ab. Der EGMR ist ein expansiver Gerichtshof. Das heisst,

er mischt sich zunehmend in nationale Angelegenheiten ein, die bei seiner Gründung – respektive beim Beitritt der Schweiz 1963 – kein Thema waren. Es ist inakzeptabel, dass politische Entschiede durch Gerichte getroffen werden.

Dafür ist der demokratisch gewählte Gesetzgeber zuständig. Mit der Annahme der Selbstbestimmungsinitiative der SVP hätte die Schweiz sichergestellt, dass nationales Recht Vorrang vor Urteilen von solch expansiven Gerichten hätte.

### Austritt aus dem Europarat

Angesichts solcher politischer Urteile eines derart expansiven Gerichtshofs fordert die SVP

- den Austritt der Schweiz aus dem Europarat sowie
- eine erneute Diskussion über den Vorrang von nationalem Recht vor solchen politischen Urteilen.



Fremde Richter wollen zunehmend unsere Gesetze machen. Bild: SVP Schweiz

Wenn der Bundesrat tatsächlich etwas für eine nachhaltige Schweiz tun will, so wird er die Nachhaltigkeitsinitiative der SVP, die am letzten Mittwoch eingereicht wurde, zur Annahme empfehlen. Denn die nach wie vor masslose Zuwanderung sorgt nicht nur für explodierende Mieten, Gesundheits- und Sozialkosten, sondern auch für eine Zubezweckung der Natur für Strassen und Wohnraum. Allein 2023 wanderten über 260 000 Personen in die Schweiz ein.

## WOKE OSTERN

### Ostersonntag? Nein, Tag der Transsichtbarkeit!

Haben Sie an Ostern Schoggihasen gesucht? Mit der Familie fein gegessen? Waren sie vielleicht sogar in der Kirche? Dann haben Sie alles falsch gemacht. Dabei hätte der mächtigste Mann der Welt Ihnen dabei geholfen, diesen Tag auf die richtige Weise zu feiern.



Tobias Infortuna  
Kantonsrat SVP  
Egg

Joe Biden, der amerikanische Präsident, wünschte in den sozialen Medien kurz und lieblos schöne Ostern. Wenige Stunden später konnte er sich offenbar nicht mehr daran erinnern und wünschte allen in ausführlicher Weise einen schönen Tag der Transsichtbarkeit. Diesen Begriff kennen Sie nicht? Es handelt sich hierbei um eine bunte Sache, hat aber nichts mit farbigen Ostereiern zu tun. Gemeint sind die Menschen, die nicht wissen, ob sie Mann, Frau, beides oder nichts sind. Diese Leute soll man alljährlich am 31. März ehren. In diesem Jahr fiel der 31. März auf den Ostersonntag. Man musste sich also entscheiden: Osterfest oder Transfest? Joe Biden fand zweites wichtiger. In blumigen Worten unterstrich er die Wichtigkeit dieses Tages und schrieb, die Millionen (sic!) von transgender und nonbinären Amerikanern gehörten zu den mutigsten Leuten, die er kenne.

### Fachkräftekongress am Ostersonntag

Ebenfalls am Ostersonntag kam es im Kanton Solothurn zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen unseren dringend benötigten Fachkräften aus Eritrea, weil sie sich nicht einig waren, aus welchem Grund sie nicht mehr in ihrem Heimatland leben. Was liegt näher, als die Meinungsverschiedenheit mit Fäusten zu klären? Das peppt doch jeden Fachkräftekongress ein bisschen auf.

Feiertage wie Ostern sind hierfür besonders geeignet, weil dann auch die wenigen Eritreer mitmachen können, die arbeitstätig sind.

Ebenfalls ein kompliziertes Osterfest hatten die Veganer. In der Schokolade ist Milch, und auch die bemalten Eier stammen von Tieren. Hier aber fanden die Experten eine passende Lösung: Statt Eier werden Kartoffeln oder Steine bemalt. Das Tütschen von Steinen statt Eiern hat auch den Vorteil, dass niemand gewinnt oder verliert – so wie es die moderne Pädagogik empfiehlt.

### Fauler Zauber am Ostermontag

Am Ostermontag war der 1. April. Man durfte also zu Scherzen aufgelegt sein. Nicht so in Schottland. Dort trat an diesem Tag ein Gesetz in Kraft, das Hassreden unter Strafe stellt. Schriftstellerin J.K. Rowling, die durch ihre Harry-Potter-Romane berühmt wurde, befürchtet deshalb, bald verhaftet zu werden. Denn als Hass wird auch bezeichnet, wer sagt, dass es nur zwei Geschlechter gebe. J.K. Rowling ist neben ihren Romanen auch dafür bekannt,

dass sie immer wieder darauf hinweist, dass man nicht nach Lust und Laune das Geschlecht wechseln kann. Sie kündigte an, lieber ins Gefängnis zu gehen als zu sagen, dass es mehr als zwei Geschlechter gebe. Der schottische Regierungschef Humza Yousaf hielt fest, dass es trotz des neuen Gesetzes möglich sei, Religionen zu beleidigen. Bei Geschlechtern hört der Spass allerdings auf. Gegen unsinnige Gesetze wie dieses ist sogar Harry Potters Zauberkraft machtlos.

### Alles korrekt im nächsten Jahr

Bei all diesen österlichen Ereignissen freut man sich ja fast schon auf den 1. Mai, wo es nur Krawalle statt Belehrungen gibt. An Ostern im nächsten Jahr machen Sie es dann aber bitte richtig: Verkleiden Sie sich als das andere Geschlecht (der Osterhase darf als Samichlaus kommen), bemalen Sie Kartoffeln, schimpfen Sie gegen das Christentum und bewerfen Sie sich gegenseitig mit rohen Eiern oder farbigen Steinen. Joe Biden wäre stolz auf Sie – wenn er es nicht schon vergessen hätte.



Gibt es 2, 3 oder 72 Geschlechter? Die politisch-inkorrekte Antwort könnte Sie in Zukunft ins Gefängnis bringen. Bild: TheTruthAbout (Flickr.com)

## ABSTIMMUNGEN VOM 9. JUNI

### Energie-Schwindel



Christoph Blocher  
Alt Bundesrat SVP  
Herrliberg

Wer rechnen kann – sei man Unternehmer, Gewerbetreibender, Arbeitnehmer oder Hausfrau – muss am 9. Juni das neue Stromgesetz ablehnen. Alles zusammengezählt wird uns diese Vorlage nämlich nicht weniger als hundert Milliarden Franken kosten. Dafür erhalten wir unzählige Windkraftwerke, die nur ganz wenig Energie produzieren. Um in windarmen Stunden den Strommangel aufzufangen, müssen wir trotzdem teure Kraftwerke oder zusätzliche Speicherseen bereithalten. Dazu sollen wir erst noch bis zur Hälfte Strom sparen, um völlig unrealistische Ziele zu erreichen.

Wozu also soll eigentlich das neue Stromgesetz gut sein? Man wolle damit die «Energierategie 2050» und damit eine «langfristige Klimastrategie» erreichen. Konkret geht es um das «Pa-

riser Klimaabkommen», das gar kein Gesetz darstellt. Diese Ziele hat die Schweiz unterschrieben, ohne die Bevölkerung zu fragen. Nun mag man sich fragen, warum die Diskussion über die Stromvorlage erst heute richtig aufflammt.

Das ist in der Schweiz nichts Neues. Der eigentliche Meinungs-austausch findet oft erst im Abstimmungskampf vor Volksabstimmungen statt. Im Bundesrat und in den Parlamentskommissionen haben Politiker und Verwaltungsleute ihre Energielösungen eingebracht.

Es wurde Mode, nach Wind- und Solarenergie zu rufen, schliesslich müsse man weg von Öl und Gas. Die Bürgerlichen haben bei der Förderung der sinnvollen Kernenergie kapituliert. Der Bau von Anlagen dauere zu lange. Also werden die Einsprachemöglichkeiten der Gemeinden und Privaten eingeschränkt. Der Rechtsstaat wird missachtet, damit man sich von oben durchsetzen kann. Zum Glück kann das Volk diesen energiepolitischen Irrweg am 9. Juni noch korrigieren.

E gfreuti Wuche!



Irrlichternde Strompolitik: Das Volk hat am 9. Juni Gelegenheit, zu korrigieren.

Bild: PickPik

## Neue Normalität?

**30.03.2024, Männedorf (ZH)**  
**Vermummt und mit Waffe einen Angestellten bedroht - Türke raubt Geschäft aus**  
Quelle: Kapo ZH, 30.03.2024

**04.04.2024, Zürich (ZH)**  
**Auf der Strasse mit Messer bedroht - Teenager wird von 2 Kongolesen ausgeraubt**  
Quelle: NZZ, 06.04.2024

**05.04.2024, Zuchwil (SO)**  
**Frau bei Entreisssdiebstahl verletzt - Täter sind Asyl-Migranten aus Tunesien und Algerien**  
Quelle: Polizei Kanton Solothurn, 06.04.2024

**06.04.2024, Pratteln (BL)**  
**Bewaffneter Raubüberfall auf offener Strasse - Gemäss Opfer «arabisch aussehende Täter»**  
Quelle: Polizei Basel-Landschaft, 06.04.2024

www.svp.ch/neue-normalitaet



Die SVP des Kantons Zürich auf Facebook  
www.facebook.com/svpzuerich

## Fadegrad



von  
Susanne Brunner

## Wunder der Wirtschaft

Stadtrat Raphael Golta ist Vorsteher des grössten Sozialdepartements der Schweiz, desjenigen in der Stadt Zürich. Als solcher ist er ein mächtiger, aber auch geschickter Politiker. Er nutzt sein Amt, um seine sozialpolitische Agenda umzusetzen. Dabei ist es für ihn ohne Bedeutung, ob er damit gelegentlich gegen Bundesrecht verstösst oder ob die Stadt Zürich ganz alleine Lösungen umsetzt, die keine andere Gemeinde in der Schweiz kennt. Nein, vielmehr macht er diejenige Politik, die er mit seinem linken Weltbild als richtig erachtet. Dabei wird er grosszügig unterstützt von der linksgrünen Mehrheit im Gemeinderat. Diese Mischung führt dazu, dass wir Bürger in der Stadt Zürich eine Politik erleben, die Massstäbe setzt in unserem Land in Sachen sozialistischer Politik. Das ist genau das Ziel von Stadtrat Golta: Die Stadt Zürich soll vorangehen, «als Labor» dienen, am besten für Lösungen, die danach schweizweit Verbreitung finden.

In diesem Sinne betritt Raphael Golta mit seinem neuesten Vorschlag Neuland: Er will mit Steuerlöhen in der Privatwirtschaft bezahlen. Ja, sie lesen richtig! Wo wir bisher in diesem Land der privatwirtschaftlichen Ordnung Vorrang gegeben haben, will nun die Stadt Zürich bei privat geführten Kindertagesstätten Teile der Lohnzahlungen übernehmen, verbunden mit einer Lohnerhöhung. Warum ist das so? Schon seit Langem findet die Linke, Mitarbeiterinnen in Kindertagesstätten verdienen zu wenig Geld. Stadtrat Golta definiert familienexterne Kinderbetreuung als «systemrelevanten Service public». Damit legitimiert er seinen Staatseingriff und die Subvention von Löhnen in der Privatwirtschaft. Dafür will er jährlich zwischen 10 und 20 Millionen Franken ausgeben. Für Eltern, die ihre Kinder betreuen lassen, ändert sich nichts. Die Stadt Zürich zahlt die Lohnerhöhungen der Kinderbetreuerinnen. Mittelfristig könnten dann die Kosten für die Eltern gesenkt werden, bestätigt der Sozialvorsteher dennoch. Das kommt aus dem sozialistischen Lehrbuch: Leistungen für die einen, bezahlen tun alle, im besten Fall aber andere. Die Lösung, die Stadtrat Golta jetzt nur noch durch den Gemeinderat bringen muss, ist geradezu eine Einladung an schlaue Unternehmer: Man eröffnet eine Kindertagesstätte, sucht Kunden, d.h. in diesem Fall Eltern mit Kleinkindern, und Mitarbeiter. Das Geschäft fängt an zu laufen. Bei der Lohnzahlung steht dann der Staat zur Seite. Er übernimmt einen Teil. Oh Wunder der Wirtschaft! In der Stadt Zürich ist das bald Realität.

## AUS DEM DIETIKER GEMEINDERAT

## Behindertengerecht bauen, aber wie?

Die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen sind unterschiedlich. Es gibt kein allgemeingültiges Rezept. Und Linksgrün möchte mehr Geld für die politische Indoktrination unserer Kinder.



Konrad Lips  
Fraktionspräsident SVP  
Dietikon

Am 1. Februar 2024 fand die erste Gemeinderatssitzung des Jahres in Dietikon statt. Dabei wurden verschiedene Postulate diskutiert.

### Nicht alle Bedürfnisse können befriedigt werden

Eines davon, eingebracht von den Grünen, der SP und der Mitte, betraf die Inklusion in Dietikon und die Umsetzung des Übereinkommens über die Rechte der Menschen mit Behinderungen. Die Antwort des Stadtrats darauf fanden wir von der SVP klar und gut, obwohl das Thema komplex ist, da es unterschiedliche Bedürfnisse gibt und es fast unmöglich ist, allen gerecht zu werden. In Dietikon sind bis auf zwei Bushaltestellen, die bald umgebaut werden, bereits alle behindertengerecht. Ein Kritikpunkt war jedoch, dass die Kanten der Gehwege einen Absatz von 3 cm aufweisen, was für Rollstühle und Rollatoren problematisch sei. Diese Absätze sind allerdings wichtig für Sehbehinderte. Die Absätze waren schon einmal ein Thema bei der Inbetriebnahme der Limmattalbahn. Aber den Postulanten waren die Ausführungen des Stadtrats nicht gut genug und sie drohten mit einer Motion! Nur ist dieses Geschäft nicht motionswürdig.

### Klimaschule: Teure Indoktrination der Kinder

Das nächste Postulat, eingebracht von den Grünen, der GLP und der EVP, drehte sich um die Klimaschule. Sie möch-



Anlässlich der Weltwasserwoche erhielt Dietikon seinen eigenen Trevi-Brunnen.

Bild: ZVG

ten, dass sich Dietikon an diesem Projekt beteiligt, was unserer Meinung nach zu unnötigen Mehrkosten führt und weder der Stadt noch den Schülern einen Mehrwert bietet. Der Stadtrat und die Schulpflege wiesen darauf hin, dass das Thema Klima bereits ausreichend in den Schulen behandelt wird.

Des Weiteren wurden zwei Interpellationen begründet. Eine bezog sich auf das Schwammstadt-Konzept, was sich jedoch mit dem Postulat zur Inklusion beisst, da mehr Flächen für Wasserversickerung die Barrierefreiheit erschwe-

ren könnten. Aber lassen wir das vom Stadtrat beantworten.

### Viele Anlässe stehen an

In Dietikon gab es auch erfreuliche Ereignisse: Am 27. Januar fand der Kinderfasnachtsumzug statt, ein bunter und gut besuchter Anlass, bei dem viele Schulklassen, Guggenmusiken und Fasnachtsgruppen teilnahmen. Den Abschluss bildete eine Fasnachtsparty in der Stadthalle Dietikon, organisiert von den Fasnachtsvereinen Lustige Dietiker, Guggi Hexen und der Stadt Dietikon.

Im März eröffnete in Dietikon die Weltwasserwoche mit einer kleinen Version des berühmten Trevi-Brunnens auf dem Marktplatz. Im Entwicklungsgebiet Niederfeld gibt es zudem positive Entwicklungen: Karls kühne Gassenschau wird im Frühling den Spielbetrieb aufnehmen, die Baubewilligung für die Phänomene wurde erteilt und die Haltestelle Niederfeld der Limmattalbahn nimmt im März ihren Betrieb auf. Wir freuen uns, viele Gäste aus dem Kanton und der ganzen Schweiz bei verschiedenen Anlässen begrüssen zu dürfen.

## ABSTIMMUNG ZUM «MANTELERLASS» AM 9. JUNI 2024

## Zurück an die Polit-Elite

Die SVP Kanton Zürich ist gesund. Die Delegierten haben den Mantelerlass fast einstimmig abgelehnt. Es wurde erkannt, dass der Mantelerlass nur die nächste Verschlimmerung einer gescheiterten linksgrünen Energiepolitik ist. Gleichzeitig werden damit die Volksrechte gründlich ausgehebelt.



Johann Widmer  
Gemeinderat SVP  
Zürich

Die linksgrüne Polit-Elite in Bern weiss mittlerweile, wie sie ihre ideologischen Wahnvorstellungen umsetzen muss. Nicht mit Revolution oder Demonstrationen.

Sie benutzen unsere demokratischen Rechte an der Urne und die schlechende Einführung von undemokrati-

schen Gesetzen. Damit das gelingt, muss die Bevölkerung durch permanente Desinformation (SRF) und gezieltes Framing vorbereitet werden.

### Angriff auf die Demokratie

Wie perfide die Demokratie abgeschafft wird, zeigen die aktuellen Beispiele des Rahmenabkommens 2.0 und des Energiegesetzes (Mantelerlass). Die Parallelen der beiden Vorhaben der Polit-Elite sind augenfällig.

Es wird behauptet, dass der Mantelerlass keine demokratischen Grundrechte einschränke. Im Parlament wurde jedoch bereits der nächste Schritt vor-

bereitet: die gesetzliche, undemokratische Verhinderung aller Einsprachen der Bevölkerung gegen eine Windturbine oder eine Grosssolaranlage. Das Vorgehen ist bekannt: Auch das Rahmenabkommen 2.0 hebt die direkte Demokratie aus.

### Zuwanderung übertrifft Zubau

Es wird behauptet, dass der Mantelerlass unsere Energieprobleme löse. Weit gefehlt – die Zuwanderungsrate in die Schweiz und damit der rasch wachsende Energiebedarf übertrifft die Zubaurate der Energieproduktion mit erneuerbarer Energie.

Die Zuwanderungsverträge mit der EU müssten gekündigt werden, um den Energieverbrauch wirkungsvoll zu drosseln.

Es wird behauptet, dass der Zubau von Wasserkraft, insbesondere Pumpspeicherwerke, unser Energieproblem löse. Das ist ebenfalls Unsinn. Die Pumpspeicherwerke müssten benutzt werden, um den nutzlosen Strom der Solar- und Windenergie zwischenspeichern. Die deutschen Windkraftwerke benötigen heute schon die französischen KKW, um den Flatterstrom zu glätten. Ein Energieabkommen im Rahmenabkommen 2.0 wäre fatal für unsere Stromversorgung.

### Abhängigkeit wird verstärkt

Es wird behauptet, dass uns der Mantelerlass unabhängiger mache von der EU. Das Gegenteil wird eintreffen: Diese Pumpwerke stellen eine grosse Gefahr für unsere Unabhängigkeit dar. Die Deutschen werden uns mit Verträgen zwingen, ihnen unsere Speicherkapazitäten für die Glättung ihres Windstromes zur Verfügung zu stellen! Wir werden somit noch erpressbarer.

Die Liste der politischen Verfehlungen der Polit-Elite in diesem Zusammenhang ist nicht abschliessend. Die exorbitanten Kosten des Wahnsinns werden manchen Bürger unsanft auf den Boden der Realität zurückbringen.

Die Lösung heisst: Zuwanderung sofort stoppen, Kernkraftwerke bauen, keine Verträge mehr mit der EU, Rückweisung des Mantelerlasses und aller folgenden linksgrünen Energiegesetze. Unterschreiben Sie deshalb die beiden Initiativen «zum Schutz unserer direkten Demokratie» und «zum Schutz unseres Waldes».



Die Initiative zum Schutz unseres Waldes sagt klar: Windräder gehören nicht in den Wald.

Bild: Freie Landschaft Schweiz

MISSBRAUCH DES ASYLWESENS

## Asylchaos beenden

Das Asylwesen wird jährlich von Zehntausenden zur Masseneinwanderung missbraucht. Internationale Abkommen zur Regelung des Asylwesens sind gescheitert. Die Schweiz muss das Zepter wieder selbst in die Hand nehmen.



**Stephan Amacker**  
Mitglied SVP Kanton Zürich  
Neftenbach

Neben anderen Staaten der nördlichen Hemisphäre versucht auch die Schweiz, die scheinbar unaufhaltsame Völkerwanderung aus der südlichen Hemisphäre durch das bestehende und untaugliche Mittel der Schweizer Asylgesetzgebung zu bewältigen. Wiederholt wird behauptet, dass die Schweiz eine Verpflichtung zur Vergabe von Asyl hat, was falsch ist. Die Allgemeine Menschenrechtserklärung erwähnt lediglich das Recht, um Asyl zu ersuchen (Art. 14 AEMR).

### 500 000 Asyl-Einwanderer in die Schweiz?

Weltweit sind gemäss UNO 110 Millionen Menschen auf der Flucht, eine Zahl, die den westlichen Ländern 6,4% und damit der Schweiz jährlich über 500 000 Menschen zuordnen könnte, die kumulativ angesiedelt und assimiliert werden müssten. Dieser Migrationsdruck hilft mit, dass die Bevölkerungszahl der Schweiz auf über 10 Millionen Einwohner zusteuert. Als neue Form des Kolonialismus erweist sich die Zuwanderung der in den armen Ländern teuer aufgebauten Eliten, kurz Braindrain genannt. Dadurch wird ein Aufbau einer florierenden Wirtschaft sabotiert. Fremdsprachen, berufliche Qualifikation sowie bescheidene Geldmittel reichen aus, um über gut organisierte Schlepperorganisationen die Reise in eine vermeintlich bessere Welt anzutreten. Gross ist auch die Gruppe der Flüchtlinge aus Kriegsgebieten. Diese sind in der Regel wenig qualifiziert und möchten eigentlich in ihre Heimat nach Beendigung des Krieges zurückkehren.

Mit den einhergehenden Kulturdivergenzen verliert die Schweiz zunehmend ihre Identität. Insbesondere der Islam schafft inakzeptable Verhältnisse, da er sein Recht, die Scharia, als integralen Anteil seiner Religion ansieht. Die Schweiz kennt die Religionsfreiheit, hat aber Verfassung und Recht überge-

ordnet und deutlich von den Religionen getrennt.

### Mehrheit wandert aus wirtschaftlichen Gründen ein

Über 95% der Asylbewerber entpuppen sich als Wirtschaftsmigranten, die zwar kein Asyl erhalten, aber meistens aus sogenannten «humanitären Gründen» nicht zurückgeschafft werden können. Das Dubliner Abkommen wird inzwischen von vielen europäischen Staaten nicht mehr eingehalten, sodass auch diese Asylanter nicht in den Staat der Erstregistrierung zurückgeschafft werden können. Ein trübes Kapitel sind die kriminellen Schlepperbanden, die Hunderttausende Personen an der nordafrikanischen Küste auflesen und nach Europa bringen. Das Seerecht verpflichtet zwar, Personen in Seenot zu retten und zum nächsten sicheren Hafen zu bringen – nicht aber, sie über das Meer nach Italien zu fahren oder zu anderen europäischen Destinationen.

### Grenzen wieder sichern

Das bestehende Asylrecht ist zielgerichtet durch eine straffe Migrationspolitik zu ergänzen, will die Schweiz nicht ihre Identität, Prosperität, Neutralität, Freiheit und Unterstützungskraft für fremde Länder verlieren. Als erste Konsequenz müssen das Dubliner und das Schengener Abkommen gekündigt werden, da die EU beide Verträge nicht einhält. Der Grenzschutz muss verstärkt und Personen mit Asylabsichten und ohne Asylempfehlung von Botschaften bereits an der Grenze zurückgewiesen werden. Fluggesellschaften werden verpflichtet, solche Personen an ihre Ausgangsdestination zurückzunehmen, wie es in den USA bereits der Fall ist. Abgelehnte Asylbewerber sollen in ihre Heimatländer oder Auffanglager in angrenzenden Ländern geschafft werden.

Für Rückschaffungen haben sich Flüge nicht bewährt und sind sehr teuer. Besser finden solche Aktionen über den Seeweg statt mit Transporten über den Rhein und Verteilung in Rotterdam. Entwicklungsgelder und weitere Zahlungen sind bei renitenten Ländern umgehend auf ein Sperrkonto zu legen. Zuwanderer jeglicher Art unterschreiben einen Verzicht auf Geltendmachung



**Der UN-Migrationspakt würde zur weiteren Aushebelung der nationalen Souveränität im Umgang mit der Masseneinwanderung in den Westen führen.**  
Bild: Wikipedia

eines Scharia-Gesetzes oder werden zurückgewiesen.

### Rahmenabkommen 2.0 und UN-Migrationspakt nicht unterschreiben

Um nicht in den Abwärtsstrudel der EU-Mitgliedsstaaten zu geraten, darf der vorgeschlagene Kolonialvertrag keinesfalls unterschrieben werden, da darin diverse Themen der Migration zuungunsten der Schweiz geregelt und wir lediglich als Nettozahler ohne Stimmrecht missbraucht werden. Ins selbe Kapitel gehört der UNO-Migrationspakt, der die Situation weiter verschlechtert.

Wir sollten unsere globale Verantwortung zur humanitären Hilfe wahrnehmen und nicht ganze Völker, insbesondere ihre Eliten, mit falschen Versprechungen aus ihrer gewohnten Umgebung locken und in eine glücklose Zukunft führen.

Die Asylpolitik ist dringend neu auszurichten, auf echte Flüchtlinge nach unseren Regeln zu beschränken und von der Migrationspolitik zu trennen. Damit bewahren wir unsere Stärken und können weiterhin global und humanitär wirkungsvoll bleiben.

Das aktuelle Parlament in Bern ist weder willig noch fähig, diese Problematik anzupacken. Ein fundamentaler Wandel zur Beseitigung des Asylchaos wird eine jahrelange Aufgabe sein. Deshalb sollte man sofort mit den ersten Massnahmen beginnen.

ESKALIERENDE GEWALTKRIMINALITÄT

## Wer zückt so leicht ein Messer und sticht sogar zu?

Die Eskalation und das daraus resultierende Ergebnis verdanken wir den Linken und ihrer falschen Politik. Müssen wir uns dieses Szenario noch länger anschauen? Oder wer soll sich bei uns integrieren? Es ist an der Zeit, dies endlich zu ändern und die politische Agenda anzupassen.



**Michele Romagnolo**  
Gemeinderat SVP  
Zürich

Die Intensität von Gewaltangriffen in der Form von Messern, Krawallen und Randalen ist in der Schweiz sehr hoch. Die Kriminalität nimmt zu, wie das Beispiel des 15-jährigen eingebürgerten Schweizer mit tunesischen Wurzeln zeigt, der diesen März grundlos einen friedlichen orthodoxen Juden mit einem Messer lebensgefährlich verletzt hat.

### Anerkennung und Akzeptanz oder Gewalt?

Besonders bei jungen Männern ist dieser Anstieg zu beobachten. Gewalt ist wieder ein wichtiger Faktor, um Anerkennung und Akzeptanz zu erlangen. Selbst Aggressionen und Gewaltdelikte gegenüber Ordnungshütern sind hierzulande immer häufiger zu beobachten. Auch die Rettungskräfte werden nicht verschont von den Gewaltchancen. In den letzten Jahren ist die Bereitschaft zur Gewalt deutlich gestiegen, zum Beispiel durch vermehrte Böller- und Petardenangriffe bei Demonstrationen oder Fussballspielen.

### Es gibt viele Tatverdächtige ohne Schweizer Pass

Bei Auseinandersetzungen zwischen Kontrahenten wurden im Jahr 2023 mindestens vier Personen durch einen Täter mit Stichwaffe verletzt, der eine Tötungsabsicht hatte. Im Kanton Zürich sind 105 Attacken mit Schnitt- und Stichwaffen zu verzeichnen. Laut dem kantonalen Sicherheitsvorsteher Mario Fehr ist die Lage beunruhigend, da sich die Anzahl ausländischer Täter und Tat-

verdächtiger bei Messerangriffen in den Jahren von 2021 bis 2023 verdoppelt hat.

### Wie sicher fühlen sich die Einwohner der Stadt Zürich?

Die Ängste, alleine in den Ausgang oder nach Hause zu gehen und von jemandem angepöbelt zu werden, haben zugenommen. Als dringendes Problem werden Dealer, Betrunkene, Jugendliche oder Ausländer empfunden. Oft sind bei Delikten Drogen und Alkohol im Spiel. Die meisten Zürcherinnen und Zürcher meiden nachts bestimmte Orte, darunter auch die Langstrasse. Im Allgemeinen gilt der Kreis 4 im Vergleich zu den übrigen Quartieren als unsicher.

Viele Bürger fühlen sich in ihrem Heimatland unsicher. Die Mehrheit der heutigen Straftäter ist ausländischer Herkunft, deshalb sollten sie nach einer Straftat konsequent ausgeschafft werden. Wir fordern daher eine konsequente Einwanderungspolitik, damit der Terror nicht weiter nach Europa und somit in die Schweiz gelangt.

### Die SVP fordert seit Langem einen sofortigen Landesverweis für kriminelle Ausländer

Diese Problematik wurde seitens der SVP mit der sogenannten Ausschaffungsinitiative aufgegriffen. Diese zielte auf eine Praxisverschärfung und wollte erreichen, dass ausländische Straftäter, die aufgrund bestimmter Delikte verurteilt worden sind, als Folge ihrer Verurteilung die Schweiz zwingend verlassen müssen und mit einer Einreiseperrre belegt werden.

Die Umsetzung wurde jedoch vom Parlament sabotiert. Es ist an der Zeit, dass die linke Politik die prekäre Lage anerkennt und ihren Widerstand gegen diese Politik aufgibt.

MEINE MEINUNG

## Die Schweiz muss sich selbst verteidigen können.

Es müsste den letzten Pazifisten klar geworden sein: Nun spricht der Kreml offiziell von Krieg, was bislang verboten war. Begründet wird dies damit, dass der Westen die Ukraine unterstütze und sich nun Russland im Krieg mit ihm befinde. «Teile und herrsche» ist die russische Strategie. Das fordert die Verteidigungsfähigkeit der Schweiz heraus.



**Bernhard im Oberdorf**  
Kantonsrat SVP  
Zürich

Die neue Kriegsrhetorik in Moskau ist nicht nur eine sprachliche Eskalation, sondern eine wirkliche, neue Schlaufe der Aggression: und dies, obschon der Westen alles tat – und vielleicht zu viel unterliess –, um Moskau nicht zu provozieren. Denn der Kreml folgt, das wird nach den jüngsten Wahlen noch deutlicher, dem imperialen Grundsatz von Niccolò Machiavelli «Divide e impera»: So sollen westliche Staaten gegeneinander ausgespielt werden mit der Strategie «Teile und herrsche».

### Totalitarismus gefestigt

Zweifellos scheinen die kriegerischen Mächte im Kreml gefestigt, seit sie in den mit Unterdrückung manipulierten Wahlen und – unter dem Artilleriefeuer der einseitigen Propaganda in Staatsmedien und anderen Kanälen – ein be-

stechendes, präziser ein bestochenes Ergebnis erzielt hatten. In der Abschottung in seinem Beton-Turm zieht der Herrscher daraus für sich selbst die Scheinlegitimität für weitere Repressionen nach innen und Aggressionen nach aussen.

Wie er mit jenen umgeht, die ihm die Stirne bieten, ist offenkundig: Sie sind tot mit Ansage. Aber auch dies war absehbar: Da sind als Spitze des Eisberges die misslungenen Giftanschläge gegen nicht Moskau-Hörige in England oder gegen westlich orientierte Politiker in der Ukraine.

### Friedenstauben und Opportunisten gefährden die Schweiz

Wer die permanente Eskalation seit bald zwei Jahrzehnten vor Augen hat, wird sich diese angesichts der westlichen Passivität reiben müssen: Die im Westen unterbliebenen Investitionen in die Rüstung wurden im Kreml nicht als Zeichen der Friedfertigkeit gesehen, sondern alles, selbst die kleinsten Bemühungen zur besseren Verteidigungsfähigkeit, wird umgedeutet als «Aggression», der es kriegerisch zu begegnen

gilt. Westliche Friedenszeichen wurden als Anlass genommen, das eigene Arsenal aufzubauen: Zurückhaltung im Westen wird zum Zeichen der Schwäche und macht anfällig für nukleare Einschüchterungen.

Wenn Europa schon so unschlüssig ist, kann sich die Schweiz nicht auf die Verteidigung durch andere verlassen. Sie muss daher selber für ihre Sicherheit sorgen. Und auch da zeigt es sich, dass es mit der Verteidigungsfähigkeit nicht zum Besten bestellt ist. Immer wieder gibt es ein grosses Tauziehen um das Militärbudget. Selbst die dringend nötige Anschaffung neuer Kampfflugzeuge stand auf des Messers Schneide.

### Robuste Verteidigung statt Bücklinge

Die Verteidigung des Westens wird ebenso durch die putinverstehende Politik in gewissen EU-Ländern unterwandert. Sie höhlen mit prorussischen Pirouetten das westliche Bündnis der demokratischen Freiheit aus. Denn der Kreml gibt jetzt offen zu, mit dem Westen im Krieg zu sein.



**Die 2010 angenommene Masseneinwanderungsinitiative harrt immer noch der Umsetzung.**  
Bild: SVP Schweiz

Würde die Ukraine wegen mangelnder Unterstützung fallen, dann wäre das – mehr noch als die pazifistischen Tendenzen – eine Einladung, die Aggression gegen die Demokratie zu befeuern. Auch die Schweiz könnte im Fokus stehen.

Damit stehen die Demokratien im Verteidigungskampf gegen totalitäre Systeme, welche ihre Aggression wegen

ihrer autoritären Strukturen besser bündeln können. Wer solche Modelle hofiert, bereitet den russischen Panzern den Boden zum Einfall in die Demokratien: Sie sind mit ihrer Blindheit – wenn es nicht gar Torheit oder Absicht wäre – die Totengräber von Freiheit und Souveränität. So haben wir uns – auch in der Schweiz – militärisch zu wappnen.



**Schiessplatz Wichlen bei Elm: Die Schweiz muss aufrüsten, um ihre Unabhängigkeit zu bewahren.**  
Bild: Adobe Stock

**SVP DIGITAL**

**Teleblocher**  
Dr. Christoph Blocher im wöchentlichen Gespräch mit Dr. Matthias Ackeret.

**In den Sümpfen von Bern**  
Wöchentlicher Videobeitrag von NR Thomas Matter zu den Machenschaften in Bern.

**Weltwoche daily**  
Täglicher News-Flash am Morgen von NR Roger Köppel.

**SVP des Kantons Zürich**  
Instagram-Seite der SVP des Kantons Zürich. Wir freuen uns über jeden neuen Follower, jeden Like und jeden neuen Kommentar!

**Wortwächsel**  
Der Podcast für Meinungsmacher von NR Benjamin Fischer.

**SVP-STAMM**

**Bezirk Bülach/Bachenbülach**  
Jeden zweiten Mittwoch im Monat, ab 19.00 Uhr, Lokalität gemäss www.svp-bachenbuelach.ch.

**Bezirk Bülach/Embrach**  
Jeden letzten Sonntag im Monat, von 11.00 – 12.00 Uhr, Restaurant Rose, Oberembrach.

**Bezirk Dielsdorf/Dielsdorf**  
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant La Torre, Dielsdorf.

**Bezirk Dietikon/Birmensdorf und Urdorf**  
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, im Bistro Alterszentrum am Bach, Birmensdorf.

**Bezirk Horgen/Adliswil**  
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Pot Belly's, Soodring 21, Adliswil.

**Bezirk Horgen/Thalwil**  
Jeden ersten Montag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Höfli, Farbsteig 17, Thalwil.

**Bezirk Meilen/Stäfa**  
Jeden zweiten Dienstag im Monat, von 19.00 – 22.00 Uhr, Gasthof zur Sonne, Seestrasse 37, Stäfa.

**Bezirk Pfäffikon/Pfäffikon**  
Jeden ersten Samstag im Monat, von 11.00 – 12.00 Uhr, Restaurant Hecht, Usterstrasse 8, Pfäffikon.

**Bezirk Uster/Uster**  
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 17.30 Uhr, Lokalität gemäss www.svp-uster.ch.

**Stadt Winterthur**  
Jeden ersten Donnerstag im Monat, 18.30 Uhr, Restaurant Rössli, Rössligasse 7, Winterthur-Seen.

**Stadt Winterthur/Wülflingen**  
Jeden Samstag, 11.00 – 12.30 Uhr, Taverne zum Hirschen, Lindenplatz 2, Winterthur.

**Stadt Zürich/Kreis 6**  
Jeden ersten Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Wild West Steakhouse Texas, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

**Stadt Zürich/Kreis 12**  
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Schwamedingerhuus, Zürich.

**Junge SVP Kanton Zürich**  
Alle Events der Jungen SVP Kanton Zürich findest du auf unseren Social Media Channels oder auf unserer Website www.jsvp-zh.ch.

**SVP-VERANSTALTUNGEN**

**Bezirk Bülach/Hüntwangen**  
Samstag, 27. April 2024, 10.00 Uhr, Parteiausflug, Treffpunkt Bushaltestelle Rössli-Tanne, Hüntwangen. Weitere Informationen und Anmeldung unter www.svp-huentwangen.ch.

**Bezirk Bülach/Wil**  
Sonntag, 19. Mai 2024, 09.30 – 11.30 Uhr, Frühschoppen, Feuerwehrlokal, Dorfstrasse 35, Wil.

**Bezirk Dielsdorf**  
Mittwoch, 17. April 2024, 20.00 Uhr, Bezirksdelegiertenversammlung, Restaurant Löwen, Grafschaftstrasse 2, Niederglatt.

**Bezirk Dielsdorf/Neerach**  
Freitag, 5. Juli 2024, bis Sonntag, 7. Juli 2024, SVP-Stand am Neeri-Fäscht, Dorfkern, Neerach.

**Bezirk Dielsdorf/Rümlang**  
Freitag, 26. April 2024, bis Sonntag, 28. April 2024, SVP-Stand an der Gewerbeschau Rümlang, Sportzentrum Heuel, Rümlang.

**Bezirk Dietikon/Aesch**  
Samstag, 13. April 2024, 14.00 – 18.00 Uhr, Jassturnier, Brunnehofsäli, Dorfstrasse 3, Aesch.

**Stadt Zürich/Kreis 11**  
Freitag, 24. Mai 2024, 19.00 Uhr, Generalversammlung, Restaurant Vesuvio, Glattalstrasse 40, Zürich-Seebach.

Freitag, 31. Mai 2024, 18.00 Uhr, Polit-Apéro, Wirtschaft Unterdorf, Katzenseestrasse 15, Zürich-Affoltern, mit Nationalrat Thomas Aeschi.

**Stadt Zürich/Kreis 12**  
Samstag, 11. Mai 2024, 09.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Schwamendingerplatz, Zürich.

Samstag, 18. Mai 2024, 09.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Schwamendingerplatz, Zürich.

Samstag, 1. Juni 2024, 09.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Schwamendingerplatz, Zürich.

**Junge SVP Kanton Zürich**  
Samstag, 13. April 2024, 18.00 Uhr, Generalversammlung, Restaurant Hecht, Bahnhofstrasse 26, Dübendorf.

**WEITERE VERANSTALTUNGEN**

Freitag, 3. Mai 2024, 20.00 Uhr, Churfürstentagung, Thurpark, Volkshausstrasse 23, Wattwil SG, mit Nationalrat Marcel Dettling, Präsident SVP Schweiz.

Samstag, 28. September 2024, bis Sonntag, 29. September 2024, SVP-Schiessen 2024, Vorschüssen am Freitag, 20. September 2024, Schiessanlage Wissenbach, Mettmenstetten. Weitere Informationen und Anmeldung unter www.schuetzenverein-mettmenstetten.ch.

**IMPRESSUM**

**Zürcher Bauer** ISSN 1660-6701  
**Der Zürcher Bote** ISSN 2296-3480

Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes. Offizielles Organ der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich.

**Abonnementspreis:** Für die Schweiz jährlich Fr. 73.– + 2,6% MwSt. **Redaktion:** ZBV, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, bauernverband@zbv.ch, Ferdi Hodel (FH), Telefon 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32. **Insertionspreise:** www.zbv.ch/insertate. **Abonnementsdienst:** Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32, bauernverband@zbv.ch.

**Abonnementspreis:** Für die Schweiz jährlich für Parteimitglieder Fr. 55.–, für Nichtmitglieder Fr. 75.–. **Redaktion:** SVP, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, zb@svp-zuerich.ch, Dr. Daniel Rickenbacher, Telefon 044 217 77 68. **Insertionspreise:** www.svp-zuerich.ch/zurcher-bote. **Abonnementsdienst:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, sekretariat@svp-zuerich.ch.

**Interne Autoren:** DR – Daniel Rickenbacher; RW – Reinhard Wegelin; ROMÜ – Roland Müller.

Erscheint jeden Freitag. **Insertatenannahme:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 63, insertate@svp-zuerich.ch. **Insertatenschluss:** Mittwoch, 12.00 Uhr. **Veranstaltungsmeldungen:** veranstaltungen@svp-zuerich.ch **Layout:** cube media, Binzstrasse 9, 8045 Zürich. **Druck:** Mittelland Zeitungsdruck AG (AZ Print), Neumattstrasse 1, 5001 Aarau.

**Gesucht: ZKB-Bankrat**

Die SVP-Fraktion des Kantonsrats Zürich sucht auf den 1. Januar 2025 einen ZKB-Bankrat. Eine Findungskommission der SVP prüft und beurteilt die Bewerbungen, um der Kantonsratsfraktion einen Nominationsvorschlag zu unterbreiten. Die Erneuerungswahl findet durch den Zürcher Kantonsrat statt.

Wir suchen eine geeignete Persönlichkeit als

**Mitglied des Bankrats der Zürcher Kantonalbank**

In dieser anspruchsvollen strategischen Führungsfunktion bilden Sie zusammen mit drei Mitgliedern des Bankpräsidiums und neun weiteren Bankräten das oberste Organ der Zürcher Kantonalbank.

**Der Bankrat in Kürze**

Der Bankrat wird vom Kantonsrat für eine Amtsdauer von vier Jahren gewählt. Die Amtszeit der Bankräte ist auf zwölf Jahre beschränkt und endet in jedem Fall mit der Vollendung des 70. Lebensjahrs. Die wichtigsten Kompetenzen umfassen die Festlegung der Grundsätze von Unternehmenspolitik, Leitbild, Strategie und Organisation, die Genehmigung von Jahresbericht und Jahresrechnung, die Festlegung der Höhe der Gewinnausschüttung an Kanton und Gemeinden, die Kenntnisnahme von grossen Risikopositionen und die Anstellung und Entlassung von Mitgliedern der Generaldirektion. Der Bankrat bildet zur Vorbereitung und Ausführung seiner Beschlussfassung verschiedene Ausschüsse. Es sind dies der Prüf-, der Risiko-, der Entschädigungs- und Personalausschuss sowie der IT-Ausschuss.

**Anforderungsprofil**

Je nach Ausschuss müssen folgende fachlichen Kriterien erfüllt werden:

- Erfahrungen im Bankenumfeld, idealerweise bei Universalbanken wie ZKB, aber auch breiteres Bankwesen wie Privatbanken, Investmentbanken, Asset Management, Regulatoren/Zentralbanken
- Verständnis einer Bankbilanz, von Asset Liability Management und Finanzfragestellungen insgesamt
- Erfahrungen mit Risiken, wie sie vor allem in Banken auftreten (Kredit-, Markt-, Zins-, Operationelle (inkl. Reputations-), Business Continuity-Risiken)
- Erfahrung mit Verantwortung für Verkaufs-, Vertriebs- und sonstigen Kunden-Organisationen (innerhalb und ausserhalb des Bankgeschäftes)
- Erfahrung mit Rechtssystemen/Normen und Compliance Fragestellungen
- Erfahrungen in den Bereichen IT/Digital (Digital z.B. nicht nur auf der Verkaufseite, sondern über die gesamte Prozesskette)
- Beurteilungsfähigkeit Leistungsauftrag (Versorgungs-, Unterstützungs-, Nachhaltigkeitsauftrag)

**Allgemeine Kriterien:**

- Fähigkeit, relevante Beiträge für bereichsübergreifende Strategien oder zumindest für Bereichsstrategien zu leisten
- Fähigkeit, Zusammenarbeit über Departementgrenzen und Hierarchiestufen hinweg zu initiieren und zu verbessern
- Erfahrung in Führungsverantwortung
- Fähigkeit, Veränderungen zu initiieren, voranzutreiben und zum Durchbruch zu verhelfen
- Ein Mitglied des Bankrats muss der Generaldirektion fachlich und persönlich auf Augenhöhe begegnen können, weshalb Erfahrungen auf Stufe Verwaltungsrat oder Geschäftsleitung zweckmässig sind.

**Persönlichkeitsbezogene Anforderungen:**

- Integrität, Unabhängigkeit und Eigenständigkeit, Professionelle Identifikation, Belastbarkeit, Leistungs- und Verantwortungskultur, zeitliche Verfügbarkeit
- Sie sind Mitglied der SVP.

Dem Bankrat nicht angehören dürfen: Mitglieder des Kantonsrates, des Regierungsrates, der Gerichtsbarkeit des Kantons Zürich, Mitglieder von Steuerbehörden und Steuerbeamte und für andere Banken tätige Personen.

Das Arbeitspensum eines Bankrates beträgt ca. 30%.

Wir freuen uns auf Ihre persönlichen Unterlagen und Ihr Bewerbungsschreiben. Einsendeschluss ist der 13. Mai 2024. Ihre Bewerbung senden Sie bitte an die Fraktionssekretärin, Marlies Pfister, Sekretariat SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, marlies.pfister@svp-zuerich.ch. Bei Fragen wenden Sie sich an den Präsidenten der Findungskommission, Kantonsrat André Bender, Tel. 079 403 68 49 oder gp.oberengstringen@bluewin.ch.

DAS KOMMENTIERTE «COMMON UNDERSTANDING»

**Die Schweiz der EU zum Frass vorwerfen?**

Lassen Sie sich nicht täuschen! Der Bundesrat will die Schweiz nach wie vor der EU unterwerfen. Das heisst: Automatische Übernahme von EU-Recht und EU-Richter haben das letzte Wort. Die Schweizer Bevölkerung hat nichts mehr zu sagen. EU-Beamte und Schweizer Beamte haben hinter verschlossenen Türen längst Fakten geschaffen. Dies geht klar aus dem sogenannten «Common Understanding» hervor. Lesen Sie hier, welche Nachteile der EU-Unterwerfungsvertrag für die Schweiz und für Sie als Bürger bringt.

Unter Punkt 2 im «Common Understanding» will die EU, dass die Schweiz Teil des EU-Strombinnenmarktes wird und bei der Liberalisierung des Strommarktes mitmachen muss.

Das bedeutet für Sie als Bürgerin und Bürger:

**Was die EU will**

Dies führt zur Privatisierung kommunaler und kantonalen Elektrizitätswerke und zum Anschluss an den teuren EU-Strommarkt.

Damit fliessen die Gewinne von gemeinde- und kantonseigenen Elektri-

zitätswerken nicht mehr zugunsten der Bevölkerung in die Gemeinde- und Kantonskassen. Schweizer Privathaushalte und Unternehmen hätten kaum noch die Wahl zwischen freiem Strommarkt und geschützter Grundversorgung. Teurere Strompreise und eine schlechtere Versorgung sind die Folge.

**Was uns Schweizern sonst noch blüht**

Die Schweizer Identitätskarten müssen durch einen teuren biometrischen Ausweis ersetzt werden. Der Bundesrat akzeptierte dies.

Schweizer Bürger, die dies nicht mitmachen wollen, dürfen die Schweiz nicht mehr in Richtung EU verlassen.

Reisen nach Italien, Frankreich oder Deutschland sind somit nicht mehr möglich.

**So absurd reguliert die EU**

Die EU reguliert vom Baum bis auf den Teller: «Die Äpfel müssen folgende sortentypische Mindestfärbung aufweisen: 3/4 der Gesamtfäche mit roter Färbung in der Färbungsgruppe A.» Die Äpfel müssen zudem «genügend entwickelt sein und einen ausreichenden Reifegrad aufweisen. (...) Zur Überprüfung der Einhaltung der Mindestreifenanforderungen können unterschiedliche Parameter herangezogen werden, z. B. morphologische Aspekte, Geschmack, Festigkeit und der Refraktometerwert.» (Durchführungsverordnung (EU) Nr. 543/2011 der Kommission mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 des Rates für die Sektoren Obst und Gemüse und Verarbeitungserzeugnisse aus Obst und Gemüse. Es gibt noch viel mehr massive Nachteile für die Schweiz.

SVP Schweiz

Lesen Sie hier weiter, was der Bundesrat im sogenannten «Common Understanding» schon alles akzeptiert hat:



**Tiefenlager radioaktive Abfälle  
Neuer Turm auf dem Stadlerberg**

**Parteiausflug SVP - Samstag, 27. April 2024**

Hüntwangen liegt in Nachbarschaft zum geplanten schweizerischen Tiefenlager für radioaktive Abfälle in Stadel. Bei einem Spaziergang durch das Haberstal zwischen Zweideln und Stadel, wo die Oberflächenanlagen des Tiefenlagers geplant werden, erklärt uns der Leiter Public Affairs der NAGRA, Dr. Lukas Oesch, die Zukunft: Wo das Tiefenlager genau zu liegen kommt, warum gerade hier, welche Schritte bis dahin noch vor uns sind und was es für die Region bedeuten könnte.

Anschließend nutzen wir die Gelegenheit und fahren zum neuen Aussichtsturm auf dem Stadlerberg. Einfach, um diesen einmal gesehen zu haben und die Aussicht über das Zürcher Unterland zu geniessen. Beim Mittagessen im Hotel-Restaurant zum Kreuz, in Kaiserstuhl, lassen wir den interessanten Morgen gemütlich ausklingen (Mittagessen auf eigene Kosten, Ausflug kostenlos).

Der Ausflug findet nur bei mindestens 10 Teilnehmerinnen und Teilnehmern statt.

**Anmeldung bis am Sonntag, 21. April** unter diesem Link: <https://xovondo.com/op/hxte513a874vm42> oder bei Matthias Hauser, [matthias.hauser@svp-huentwangen.ch](mailto:matthias.hauser@svp-huentwangen.ch), Telefon 076 372 87 51

- 10 Uhr Treffpunkt bei der Rössli-Tanne (Bushaltestelle) für eine Mitfahrgelegenheit
- 10.30 Uhr Treffpunkt beim Schützenhaus Windlach, Zweidelnstrasse 45 Spatziergang mit Dr. Lukas Oesch rund um das Haberstal
- 11.30 Uhr Fahrt zum Aussichtsturm auf dem Stadlerberg (Fahrgemeinschaften, max. fünf Fahrzeuge)
- 12.30 Uhr Mittagessen à la Carte im Hotel-Restaurant zum Kreuz, Kaiserstuhl

Wir hoffen auf viele Anmeldungen - Gäste sind herzlich willkommen!

Mit freundlichen Grüßen  
Vorstand SVP Hüntwangen

